

## **Antrag**

**der Abgeordneten Alexander Graf Lambsdorff, Grigorios Aggelidis, Renata Alt, Christine Aschenberg-Dugnus, Nicole Bauer, Jens Beeck, Nicola Beer, Dr. Jens Brandenburg (Rhein-Neckar), Mario Brandenburg (Südpfalz), Dr. Marco Buschmann, Britta Katharina Dassler, Dr. Marcus Faber, Daniel Föst, Otto Fricke, Thomas Hacker, Katrin Helling-Plahr, Markus Herbrand, Torsten Herbst, Katja Hessel, Dr. Christoph Hoffmann, Reinhard Houben, Olaf in der Beek, Gyde Jensen, Dr. Christian Jung, Karsten Klein, Dr. Marcel Klinge, Pascal Kober, Carina Konrad, Konstantin Kuhle, Alexander Kulitz, Ulrich Lechte, Michael Georg Link, Oliver Luksic, Till Mansmann, Alexander Müller, Frank Müller-Rosentritt, Dr. Martin Neumann, Hagen Reinhold, Bernd Reuther, Matthias Seestern-Pauly, Frank Sitta, Judith Skudelny, Bettina Stark-Watzinger, Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann, Benjamin Strasser, Katja Suding, Michael Theurer, Stephan Thomae, Manfred Todtenhausen, Dr. Andrew Ullmann, Gerald Ullrich, Sandra Weeser, Nicole Westig und der Fraktion der FDP**

### **Deutschland braucht eine Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik aus einem Guss**

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Deutschland muss gemeinsam mit seinen europäischen Partnern auf immer komplexere transnationale Herausforderungen reagieren: Terrorismus, regionale Rüstungswettläufe einschließlich der Militarisierung des Weltraumes, Cyberangriffe, Klimawandel, globale Umweltrisiken und Naturkatastrophen, Ausbruch von Pandemien, Handelskriege, Kämpfe um regionale Vorherrschaft, Flucht und Migration. Gleichzeitig steht die regelbasierte und multilaterale internationale Ordnung zunehmend unter Druck, so dass sich Deutschland nicht mehr auf die bisherigen etablierten Ordnungsstrukturen verlassen kann. Umso wichtiger ist es, dass Deutschland die bereits 2014 auf der Münchner Sicherheitskonferenz beschworene neue Verantwortung in der Welt übernimmt und gemäß den Worten des damaligen Außenministers Dr. Frank-Walter Steinmeier bereit ist, „sich außen- und sicherheitspolitisch früher, entschiedener und substantieller einzubringen“. Um diese internationale Verantwortung konzeptionell zu unterlegen und tatsächlich mit Leben zu füllen, braucht es ein strategisch durchdachtes und kohärentes Vorgehen der Bundesregierung in allen Feldern der internationalen Politik, allen voran der Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik. Dafür aber fehlt bisher eine Gesamtstrategie, in der die Werte, Ziele und Interessen für Deutschlands internationales Engagement ausformuliert sind.

Das Weißbuch zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr (2016) ist das aktuelle und zentrale Dokument der Bundesregierung zur internationalen Sicherheitspolitik. Entstanden ist das Weißbuch unter Federführung des Bundesministeriums der Verteidigung unter Mitberatung des Auswärtigen Amtes und weiterer Bundesministerien. Das Weißbuch greift zwar im ersten Teil „Grundzüge deutscher Sicherheitspolitik“ internationale Herausforderungen auf, bleibt aber bei der Formulierung von Zielen und Mitteln naturgemäß einem sicherheitspolitischen Fokus verhaftet. Sicherheitspolitik ist ein wesentlicher Bestandteil internationaler Politik; aber ein Weißbuch zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr, welches das komplette Spektrum außen- und entwicklungspolitischer Instrumente nicht ausreichend strategisch mitdenkt, ist keine hinreichende Grundlage, um Deutschlands internationales Handeln umfassend zu gestalten, entscheidungsfähiger und effektiver zu machen.

Für eine erfolgreiche Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik müssen alle zur Verfügung stehenden Instrumente und Ressourcen vernetzt, gebündelt und in Abstimmung mit Deutschlands europäischen und internationalen Partnern kohärent eingesetzt werden. Angesichts der sich verändernden globalen und europäischen Ordnung braucht Deutschland umso mehr eine ressort- und institutionenübergreifende Strategie für internationales Handeln, um damit außen-, sicherheits- und entwicklungspolitischer Beliebigkeit und dem tagespolitischen Kalkül entgegenzuwirken und national wie international Transparenz, Zuverlässigkeit und Berechenbarkeit zu erzeugen.

Diese übergeordnete Strategie für internationales Handeln muss unter Federführung des Auswärtigen Amtes zusammen mit dem Bundesministerium der Verteidigung und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung formuliert werden, aber auch unter aktiver Mitberatung aller anderen Ressorts, die im internationalen Kontext tätig sind. Dies beinhaltet nicht nur die Einbindung insbesondere des Bundeskanzleramtes und des Bundesministeriums des Innern und der Nachrichtendienste, sondern auch der Bundesministerien für Wirtschaft und Energie, der Finanzen, für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit, für Gesundheit, Bildung und Forschung. Mittlerweile haben viele dieser Bundesministerien eigene, in den internationalen Raum zielende Strategien und Initiativen, die in eine übergreifende Strategie eingebunden und an ihr ausgerichtet werden müssen. Am Beispiel der Vielzahl von Afrika-Initiativen, die parallel von unterschiedlichen Bundesressorts initiiert wurden, wie der Marshallplan mit Afrika des BMZ, der „Compact with Africa“ des Finanzministeriums oder die Initiative „Pro! Afrika“ des Wirtschaftsministeriums, wird der Bedarf an frühzeitiger Abstimmung und Koordinierung der Ressorts besonders deutlich.

Neben einem ressortübergreifenden, abgestimmten Ausarbeitungsprozess sind der bindende Charakter einer Gesamtstrategie für internationales Handeln sowie die Ausgestaltung der Entscheidungsstrukturen und Abstimmungsebenen entscheidend. Die Dokumentenhierarchie, in welche die auswärtigen Beziehungen, Teilstrategien und Richtlinien aller Ressorts, wie z. B. die „Konzeption der Bundeswehr“ und die „Politischen Grundsätze der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern“, eingebunden werden, muss zudem klar definiert werden. Darüber hinaus müssen die regelmäßige Überprüfung und Fortschreibung festgeschrieben und verstetigt werden, um den Strategieprozess von tagespolitisch kurzfristigen Einflüssen weitestgehend unabhängig gestalten zu können.

Insgesamt muss die Bundesregierung strategiefähiger werden. Das Weißbuch der Bundesregierung führt dazu konkrete Vorschläge für die ressortübergreifende Strategieentwicklung auf, die bisher erst zum Teil umgesetzt worden sind. Zu diesen Vorschlägen zählt unter anderem, die Kompetenzen in den Bereichen strategische Vorausschau, Steuerung und Evaluierung auszubauen und strategische Dokumente regelmäßig zu aktualisieren, aufeinander abzustimmen und mit messbaren Kriterien zu versehen.

Darüber hinaus sollten außen-, sicherheits- und entwicklungspolitische Debatten verstärkt und auch ressortübergreifend in die (Fach-)Öffentlichkeit getragen und der Strategieprozess für die Beteiligung von Experten und fachlich Interessierten geöffnet werden.

Ein weiterer wesentlicher Beitrag zur Stärkung der Strategiefähigkeit besteht darin, die Evaluierung von Strategien nicht als rückblickende Fehlersuche und Kritikquelle zu bewerten. Die regelmäßige Evaluierung von Strategien dient vielmehr dazu, internationales Handeln an sich verändernde Bedingungen auszurichten und wirksamer zu gestalten.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung dazu auf,

1. unter Federführung des Auswärtigen Amts einmal in der Legislaturperiode, spätestens nach Ablauf des ersten Amtsjahres, eine ressortübergreifend abgestimmte Gesamtstrategie mit den Zielen und Prioritäten der deutschen Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik auszuarbeiten;
2. eine ressortübergreifende Task Force für internationales Handeln einzurichten und innerhalb der Bundesministerien und dem Bund nachgeordneten Behörden die Abstimmungsverfahren und Instrumente für die Umsetzung einer ressort- und institutionenübergreifenden Strategie für internationales Handeln zu schaffen;
3. diese Strategie und ihre Umsetzung in einem festgelegten regelmäßigen Turnus zu überprüfen, gegebenenfalls anzupassen und dem Deutschen Bundestag darüber zu berichten;
4. zeitnah und konkret die Strategiefähigkeit der Bundesregierung, u. a. in den Bereichen strategische Vorausschau, Strategiebildung, Evaluierung von Strategien weiterzuentwickeln;
5. die bestehenden Instrumente der deutschen internationalen Politik vernetzt und verstärkt im Zusammenspiel einzusetzen, weiterzuentwickeln und die dafür nötigen Strukturen sowie finanziellen und personellen Ressourcen zur Verfügung zu stellen;
6. sich auch auf europäischer Ebene für die Umsetzung und kontinuierliche Evaluierung der in der Globalen Strategie für die europäische Außen- und Sicherheitspolitik (EUGS, 2016) definierten Ziele und Interessen einzusetzen;
7. die Abstimmung und den Austausch in internationalen Angelegenheiten mit weltweiten und europäischen Partnern fortzusetzen und zu verstärken, um so den Multilateralismus weltweit zu stärken.

Berlin, den 11. April 2019

**Christian Lindner und Fraktion**

